



THOMAS TRUTSCHEL / PHOTOHEK.NET

REGIERUNG

# Kleines Karo, großer Wurf

Als Chefin einer Großen Koalition hat Kanzlerin Angela Merkel so viel Macht wie nie zuvor. Doch was fängt sie damit an? In Deutschland wenig. Aber für Europa hat sie einen neuen Bauplan.

Am Ende wird es sogar richtig feierlich im Raum Berlin der Parlamentarischen Gesellschaft direkt neben dem Reichstag. Dreimal kamen Union und SPD hier in den vergangenen zwei Wochen zusammen, um auszuloten, ob es für eine gemeinsame Regierung reichen könnte. Jetzt liegt die Entscheidung in der Luft.

Angela Merkel blickt den SPD-Partei-  
chef fragend an: „Wollen Sie etwas sagen?“ Doch Sigmar Gabriel deutet auf die Kanzlerin. Also spricht Merkel. „Ich habe den Rückhalt meiner Delegation für das, was wir besprochen haben“, sagt sie. Und Gabriel antwortet: „Den habe ich auch.“

Es ist kurz vor 15 Uhr am vergangenen Donnerstag, als die Große Koalition Ge-

stalt annimmt. Zum dritten Mal in der Geschichte der Republik schicken sich Union und SPD an, gemeinsam eine Regierung zu bilden. Schon an diesem Mittwoch sollen die Gespräche starten. Die Kanzlerin hat es eilig, spätestens an Weihnachten soll ihre neue Regierung stehen. „Weihnachten kommt schneller, als man denkt“, sagte sie am Freitagvormittag in

einer Schaltkonferenz mit dem CDU-Vorstand.

Merkel verfügt zu Beginn ihrer dritten Kanzlerschaft in Deutschland und Europa über eine Machtfülle wie kein Kanzler vor ihr. Seit der ersten Großen Koalition vor einem halben Jahrhundert stand nie mehr eine so satte Mehrheit im Bundestag hinter einer Regierung. In Europa ist Deutschland in der Krise zur unbestrittenen Führungsmacht geworden.

Gerade die Große Koalition beschert Merkel nun die Mehrheiten, die sie nutzen könnte, um Deutschland und Europa nachhaltig zu prägen und die ganz großen Fragen anzugehen: von den Reformen in Deutschland über eine Neuordnung des Föderalismus bis zur Reform der EU-Institutionen.

In der eigenen Partei ist Merkel – anders als SPD-Chef Gabriel – seit ihrem Wahlsieg unangefochten. Von den Vorwürfen ihrer Kritiker ist wenig geblieben. Außer dem einen: dass sie eine Kanzlerin ohne Agenda ist, ohne Plan, ohne Vision. Dass ihr Regieren in Wahrheit ein Reagieren ist. Dass sie nicht weiß, wohin sie will mit ihrer Regierung und mit diesem Land.

Bisher hat Merkel Regieren vor allem als Reparaturbetrieb verstanden. Die großen Themen ihrer ersten beiden Legislaturen – Finanzkrise und Euro-Rettung – kamen dem entgegen. Wird sich das jetzt, da sie Macht und Mittel dazu hat, ändern? Was Deutschland betrifft: kaum. Da bleibt es beim kleinen Karo. In den Schubladen der Ministerien sucht man vergebens nach den Blaupausen für große Reformen. Die Große Koalition wird vor allem die Ausgaben erhöhen, um wenigstens einen Teil ihrer Wahlversprechen Wahrheit werden zu lassen.

Für Europa schmiedet man im Kanzleramt dagegen für Merkels Verhältnisse schon fast visionäre Pläne. Die würden, sollte Merkel sich durchsetzen, die Europäische Union von Grund auf verändern. Das Ziel ist eine weitreichende gemeinschaftliche Kontrolle über die nationalen Haushalte, über das Schuldenmachen in den 28 EU-Hauptstädten und die Pläne der nationalen Regierungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Sozialstaatsreformen. So soll der Euro auf Dauer stabil, sollen die Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Wirtschaftswachstum und Finanzkurs gebracht werden. Das wäre die oft beschworene politische Vollendung der Währungsunion – ein großer Wurf.

Das Ziel ist nicht neu, neu sind aber die Daumenschrauben, die Brüssel in Zukunft anlegen darf, wenn es nach Merkel geht: frühere und schärfere Kontroll- und Einspruchsrechte, vertraglich bindende Absprachen und Auflagen. Kurz: Ein echter Umbau der Euro-Zone, ein



SPD-Chef Gabriel

GREGOR FISCHER / DAVIDS

großer Schritt in Richtung „Wirtschaftsregierung“ – so wie auch die SPD sie gern hätte.

Hintergrund der europäischen Visionen ist die glänzende wirtschaftliche Lage in Deutschland: Berlin braucht eine schärfere Haushaltskontrolle derzeit nicht zu fürchten. Die Arbeitslosigkeit bewegt sich am Rand der Vollbeschäftigung, die Finanzlage hat sich, zumindest beim Bund, entspannt. Ach was, es herrscht Überfluss! Die neue Koalition kann aus dem Vollen schöpfen.

Und das wollen die Neukoalitionäre auch tun. Als Erstes werden sie damit beginnen, Wohltaten zu verteilen und Geld auszugeben. Dank der guten Konjunktur werden dafür noch nicht einmal höhere Steuern nötig sein. Bislang hat Finanzminister Wolfgang Schäuble in seiner mittelfristigen Finanzplanung ab dem übernächsten Jahr zunehmende Überschüsse im Bundeshaushalt eingeplant: Für 2015 erwartet er ein Plus von 200 Millionen Euro, für 2016 eines von 5,2 Milliarden

Euro, für 2017 schließlich eines von 9,6 Milliarden Euro.

Insgesamt stünden in den kommenden Jahren also ziemlich genau 15 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Deshalb sehen Merkel und Schäuble Spielraum, die Wünsche von Union und Sozialdemokraten nach mehr Investitionen für Infrastruktur und Bildung auch ohne höhere Steuern zu erfüllen. Allein für die Infrastruktur ist von einem Fonds in Höhe von elf Milliarden Euro die Rede.

Vor der Wahl hatten Merkel und Schäuble angekündigt, die Überschüsse zu nutzen, um alte Schulden zurückzuzahlen. Dazu wird es nun nicht kommen. Dennoch plagt die Unionsvertreter kein schlechtes Gewissen. Die Vorgaben der Schuldenbremse würden weiterhin übertroffen, trösten sie sich über ihre Spenderfreude hinweg.

Aber auch die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, die in dieser Legislatur ansteht, dürfte teuer werden – für den Bund. Viele Länder müssten Milliardensummen in ihren Haushalten einsparen, damit sie ab 2020 ohne neue Schulden auskommen. Das sei ohne zusätzliche Hilfen des Bundes nicht zu stemmen, klagen viele Provinzfürsten. Sie sind wild entschlossen, ihre Zustimmung für einen neuen Finanzausgleich von Überweisungen aus Berlin abhängig zu machen.

Schon lange davor dürfte die Blockademacht der Länder im Bundesrat für die neue Regierung kostspielig werden. Kanzlerin Merkel sieht mit Sorge, wie sich die Sondierung zur Bildung einer Bundesregierung zum zähen Gefeiße um Geld zwischen Bund und Ländern entwickelt. „Hier haben nicht 16 Landtagswahlen stattgefunden, sondern eine Bundestagswahl“, schimpfte sie kürzlich vor der Unionsfraktion.

Schon der Vorschlag der Unionisten, Milliarden für Infrastruktur und Bildung zur Verfügung zu stellen, soll nicht zuletzt dazu dienen, die Ländervertreter in den Koalitionsverhandlungen ruhigzustellen – allen voran Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Denn wenn der Bund Ausgaben im Bildungsbereich übernimmt, bekommen sie neuen Spielraum in ihren Etats. Nicht wenige in der Union vermuten, dass Kraft unter diesem Stichwort „Mehr Geld für Bildung“ ein Saugrohr in den Bundeshaushalt legen will, um ihren maroden Landeshaushalt zu sanieren. „Wir müssen die Finanzausstattung von Bund und Ländern so regeln, dass beide ihre vom Grundgesetz vorgegebenen Verpflichtungen erfüllen können“, fordert Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht.

Beim zweiten Sondierungsgespräch mit der SPD sprachen die Unterhändler am vergangenen Montag lange darüber, wie



# Der Springteufel

Bei den Koalitionsverhandlungen testet Horst Seehofer seine neue Macht aus.

**H**orst Seehofer ist zufrieden. Sehr zufrieden sogar. „Das sind Schachzüge, die nicht jeder durchschaut“, sagt er und lacht breit. Es ist Donnerstagnachmittag kurz vor vier. Der CSU-Chef verlässt die Parlamentarische Gesellschaft in Berlin. Eben haben sich die Spitzen von Union und SPD darauf verständigt, in Koalitionsverhandlungen einzutreten. Und Seehofer findet, dass er selbst an diesem Erfolg großen Anteil hat. Jetzt spielt er seine Lieblingsrolle – die des Großstrategen, der kleinere Geister in die Genialität seiner Spielzüge einweiht.

Schließlich war er es, der kurz vor dem Treffen in einem Zeitungsinterview das entscheidende Signal an die SPD gesandt hatte. Er könne sich unter bestimmten Umständen einen Mindestlohn von 8,50 Euro vorstellen, sagte Seehofer. Für SPD-Chef Sigmar Gabriel war es das lange ersehnte Kompromisszeichen, mit dem er seiner Partei die ungeliebte Koalition schmackhaft machen kann.

Dass die Kanzlerin kurz zuvor vor Gewerkschaftern einen zu hohen Mindestlohn als Gefahr für Arbeitsplätze gebrandmarkt hatte, bekümmerte Seehofer kein bisschen. Er stellte die Trophäe trotzdem ins Schaufenster.

Seehofer nennt es einen Schachzug, im Kanzleramt sehen sie darin eher einen neuen Beweis für das unerschöpfliche Chaotisierungspotential des Bayern. „Seit wann stimmt Seehofer sich mit uns ab?“, heißt es in Merkels Umfeld resigniert. Nach den ersten beiden Wochen im Koalitionspoker spürt die Kanzlerin, wie unangenehm Seehofers Alleingänge für sie noch werden könnten.

Der bayerische Springteufel ist nach den Wahlerfolgen der CSU auf dem Zenit seiner Macht, und die anstehenden Verhandlungen werden nicht zuletzt wegen der Sonderwünsche der CSU nicht ganz einfach: Mütterrente, Ausländermaut, Länderfinanzausgleich – überall ist Streit programmiert.

Zumal Seehofer beim Mindestlohn nicht zum ersten Mal auf eigene Rechnung handelt. So plauderte der CSU-Chef vor zwei Wochen ein geplantes

Treffen mit Gabriel und Merkel aus. Die Kanzlerin und der SPD-Chef wollten es eigentlich unter der Decke halten, auch um die Grünen nicht unnötig zu ärgern. Sie ließen dementieren. Doch Seehofer legte nach. Jedem sollte klarwerden, dass die Sondierungen mit den Grünen nichts daran ändern, dass er eine Regierung mit der SPD anstrebt. „Wenn ich sage, es gibt ein Gespräch, dann gibt es ein Gespräch.“



**CSU-Chef Seehofer**  
Auf eigene Rechnung

Beim ersten Treffen mit den Grünen fiel Seehofer als Flegel auf. Während Merkel die Unterhändler der Ökopartei freundlich begrüßte, schob Seehofer seinen Stuhl demonstrativ vom Tisch weg, lehnte sich zurück und verschränkte die Hände hinter dem Kopf.

Merkel wollte die Grünen als Rückversicherung halten, falls die Gespräche mit der SPD schiefehen. Seehofer war das egal. Er hätte gern auf das Treffen verzichtet, nun ging er, so schien es, körperlich auf Distanz.

Als die Grünen ihre Themenliste abarbeiteten, stand er auf und spazierte zum Buffet. Die Wurstsemmel interessierte ihn mehr als der Vortrag über die ökologische Erneuerung.

Anton Hofreiter ging er später persönlich an. Als der neue Fraktionschef die Probleme der Energiewende in Bayern ansprach, maßregelte Seeho-

fer den Grünen. „Ich nehme Sie gern mit auf eine Reise durch Bayern und zeige Ihnen, wo Photovoltaik funktioniert“, rief er über den Tisch. Die Einladung war eine Frechheit, denn Hofreiter kommt aus Oberbayern. Das wusste auch Seehofer.

Der CSU-Chef nutzt die Verhandlungen aber auch dazu, dem eigenen Personal Noten zu erteilen. Peter Ramsauer bekam das am vergangenen Montag zu spüren. Der Bundesverkehrsminister kämpft in diesen Tagen um seinen künftigen Platz am Kabinettstisch. Auftragsgemäß beklagte er marode Straßen und brüchige Brücken. Dann erlaubte er sich aber auch den zarten Hinweis, dass neue Milliarden oft gar nicht verbaut werden können, wegen zäher Planungsverfahren und ausgebuchter Baufirmen.

Seehofer glaubte nicht richtig zu hören. Seine Forderung nach einer Maut für Ausländer hatte sich im Wahlkampf als der Renner erwiesen. Und jetzt tut der eigene Verkehrsminister so, als brauchte die Regierung gar kein Geld?

„Hat sich an unserer Haltung zur Maut etwas geändert?“, fragte Seehofer. Er wurde laut. Die Kanzlerin schaute irritiert, CSU-Superministerin Ilse Aigner versuchte zu schlichten. „Aus Peters Äußerungen, dass man das Geld nicht so schnell verbauen kann, kann man nicht schließen, dass die CSU die Maut nicht mehr will.“

Am Tag darauf traf es Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich. Eigentlich hatten sich Seehofer und Merkel verständigt, beim Gespräch mit den Grünen einen milden Ton in der Ausländerpolitik anzustimmen. Dumm nur, dass Friedrich diesen Schachzug noch nicht mitbekommen hatte und ungerührt die altbekannten Bedenken gegen die doppelte Staatsbürgerschaft von türkischen Migranten referierte.

„Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich habe hier meine Gesprächsbereitschaft namens der gesamten CSU mitgeteilt“, sagte Seehofer in die Runde.

Am Mittwoch starten die Koalitionsverhandlungen ganz offiziell. In Berlin fürchten sie schon den Eröffnungszug Seehofers. PETER MÜLLER

man eine Dauererpressung des Bundes durch die Länder verhindern kann. Es gelte, eine „Zweite Regierung“ durch den Bundesrat zu verhindern. Voraussichtlich wird man dafür tief in die Tasche greifen. Erwogen wird ein Deal: Die Länder kriegen im Koalitionsvertrag deutlich mehr Geld zugesagt, dafür stellen sie für vier Jahre ihre Bettelei ein.

Dem Geldmangel der Länder ist es zuzuschreiben, dass es zu einem größeren Umbau der Finanzierung von Verkehrsprojekten kommen könnte. Auch das Lieblingsprojekt der CSU, die Pkw-Maut, hat dabei durchaus Chancen – sie bringt ja neue Einnahmen.

Bei den Sondierungen legte CSU-Chef Horst Seehofer einen Plan vor, wie die Maut Wirklichkeit werden könnte. Danach sollen Autofahrer künftig eine „Infrastrukturabgabe“ zahlen. Deutsche sollen die mit der Kfz-Steuer verrechnen können, so dass am Ende nur Ausländer belastet werden. Europarechtlich sei das machbar, so das Fazit des Papiers, das Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer erarbeitet hat.

Die Verhandlungen neigten sich bereits dem Ende zu, als das Thema Finanzen auf der Tagesordnung stand. Merkel erteilte Schäuble das Wort. Es ging um Zahlen, der Kassenwart sollte darstellen, wie groß der Spielraum sei. Am Ende war es nur ein kleiner Satz, mit dem Schäuble noch größere Begehrlichkeiten der Sozialdemokraten abwehrte: „Es reicht nicht für alles“, warnte er.

Dann meldete sich Peer Steinbrück zu Wort. „Eins muss man da mal sagen“, warf der ehemalige Kanzlerkandidat ein, „da hat der Finanzminister recht.“ Seinen SPD-Kollegen gefroren die Gesichtszüge. In der Nachbesprechung der SPD krachte es danach ordentlich, Steinbrück wurde zur Rede gestellt.

Ernsthaften Widerstand gegen ihre Ausgabenpolitik muss die Koalition nicht fürchten. Nicht einmal von der Opposition. Denn mit dem Ausscheiden der FDP ist die Stimme der haushaltspolitischen Mäßigung aus dem Bundestag verschwunden. Schwache Gegenwehr kommt nur noch vom Wirtschaftsflügel der Union. Die Chefs der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union (MIT), des Wirtschaftsrats der CDU und des Parlamentskreises Mittelstand in der Unionsfraktion wollen am kommenden Donnerstag ein Zeichen gegen die neue Sozialherrlichkeit setzen. „Es ist nicht gut, auf die Konjunktur als neue Finanzierungsmethode für soziale Verheißungen zu setzen“, warnt MIT-Chef Carsten Linnemann. Gemeinsam mit Kurt Lauk und Christian von Stetten zieht er in einem Zehnpunktepapier auch gegen einen „politischen Mindestlohn“ zu Felde (siehe Seite 74). „Ein einheitlicher flächendeckender Mindestlohn würde die

weitere Arbeitsmarktentwicklung, neues Wachstum und sprudelnde Steuereinnahmen deutlich bremsen“, heißt es in einem Entwurf für das Papier.

Horst Seehofer soll also seine Maut bekommen, die Länder sollen durch Geldgeschenke bei Laune gehalten werden und die Sozialkassen Wohltaten verteilen – nach dem großen Wurf von Merkels zweiter schwarz-roter Koalition klingt das nicht. Es klingt nach Weiter-so, nach Durchwursteln und Kleinklein. Nichts Neues unter der Sonne also? Doch. Denn ausgerechnet in der Europapolitik steuert Merkel jetzt auf eine strategische Entscheidung zu – mit mehr Mut zum politischen Risiko als üblich.

Schäuble, der letzte deutsche Herzens-Europäer, darf sich freuen. Seine alte und neue Kanzlerin will handfeste Änderungen an den EU-Verträgen: mehr Macht für Brüssel, sogar mehr Macht für die gründlich in Verruf geratene EU-Kommission. „Es geht leider nicht anders“, heißt es im Regierungslager.

Am Donnerstag nach der letzten Sondierungsrunde mit der SPD weihte Merkel EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy ein, bei einem Vier-Augen-Gespräch im Kanzleramt. Der Vorstoß kommt, typisch Brüssel, durch die Hintertür. Im Finanzministerium werden bereits Papiere zusammengetragen, wie das „Protokoll 14“ des EU-Vertrags aufzuladen wäre. Bislang stehen darin einige Allgemeinplätze zur Zusammenarbeit in der Euro-Zone und zu ihrer Steuerung. Doch nun sollen nach dem Willen Berlins handfeste Befugnisse für die EU-Kommission hinzukommen: Zuckerbrot und Peitsche.

So könnte die Kommission das Recht bekommen, mit jedem Euro-Staat eine Art Vertrag für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Haushaltsdisziplin abzuschließen. Solche „contractual arrangements“ wären gespickt mit Zahlen und Fristen, also jederzeit überprüfbar, vielleicht sogar einklagbar. Als Gegenleistung öffnet sich für die Staaten eine schon seit längerem diskutierte neue Brüsseler Schatulle, ein Extrabudget für die Euro-Zone mit zweistelligen Milliardensummen für folgsame Mitgliedstaaten.

Ebenso könnte über das „Protokoll 14“ der hauptamtliche Chef der Euro-Gruppe installiert werden. Bislang macht den einflussreichen Job einer der amtierenden Finanzminister, derzeit der Niederländer Jeroen Dijsselbloem. Von einem solchen „Euro-Finanzminister“ träumen überzeugte Europäer wie Schäuble seit langem.

Wenn Kanzlerin Merkel auf eine Änderung der EU-Verträge an dieser zentralen Stelle setzt, ist es ein bemerkenswerter Schwenk. Allein: Der neue Kurs ist riskant, die Zahl der Gegner groß – und das Ende offen. Eigentlich alles so

gar nicht nach dem Geschmack der Kanzlerin, wie man sie kennt. Aber Merkel hat ihren wichtigsten Europa-Strategen schon in Marsch gesetzt: Der zuständige Abteilungsleiter im Kanzleramt, Nikolaus Meyer-Landrut, skizzierte bei einem Brüsseler Treffen Anfang Oktober bereits die deutschen Pläne. Auf viel Gegenliebe stieß er nicht.

Denn in fast allen Euro-Staaten haben die Gegner der Gemeinschaftswährung massiv Aufwind. Jede Änderung der Kräfteverhältnisse in Europa, jede Aufwertung der EU-Kommission vergrößert die innenpolitische Angriffsfläche der Regierungen. Mehr Macht für „Brüssel“? Bloß nicht.

Selbst im Europaparlament mehren sich die Zweifel – wenn auch aus ganz anderem Grund. Bei Linken wie Konservativen wird befürchtet, dass, wer die Tür zu einer Vertragsänderung öffnet, sie „so schnell nicht wieder zukriegt“, wie ein Spitzen-Christdemokrat sagt. Vor allem die britische Regierung, getrieben von der radikal antieuropäischen Partei UKIP, könnte die Gelegenheit nutzen, etliche Zuständigkeiten aus dem gemeinschaftlich organisierten Brüssel zurück an die

## Die Kanzlerin will handfeste Änderungen an den EU-Verträgen: mehr Macht für Brüssel.

heimische Themse zu holen – und so die Europäische Union gleichsam zu renationalisieren.

Merkel, so sieht es aus, will es trotzdem wissen. Und einen Zeitplan hat sie auch schon. Zunächst will sie die Europawahl im Mai 2014 abwarten. Dann kommt die Kür des neuen Chefs der EU-Kommission, vor allem der Abschied vom gegenwärtigen Amtsinhaber, José Manuel Barroso. Den hatte Merkel einst ins Amt gehoben und 2009 eine zweite Amtszeit verschafft. Heute hat sie eigentlich nur noch bösen Spott für ihn, kaum verhohlen.

Und wenn die neue EU-Kommission im Amt ist, soll sich das politische Fenster für Merkels Europavision öffnen. Dass sie aus einer klaren Minderheitsposition ins Rennen geht, scheint sie nicht zu stören. Das kennt sie ganz gut aus den ersten Tagen der Euro-Schuldenkrise, als sie den Internationalen Währungsfonds als maßgebliche Instanz bei den Hilfspaketen dabei haben wollte – und fast alle anderen Euro-Staaten dagegen waren. Damals sagte sie im kleinen Kreis: „Ich stehe ziemlich allein da. Aber das ist mir egal. Ich habe recht.“

NIKOLAUS BLOME,  
CHRISTIANE HOFFMANN, PETER MÜLLER,  
CHRISTIAN REIERMANN, GORDON REPINSKI,  
CHRISTOPH SCHULT